

NEUE LUZERNER ZEITUNG



Im Rückblick Vor 100 Jahren wurde nach der «Julikrise» der Erste Weltkrieg entfesselt. **8**

Im Ausblick Das Grossprojekt auf dem Bürgenstock kommt voran. Das Hotel Bürgenstock erhält die Baubewilligung. **23**

Im Visier Jetzt nimmt Künstler Wetz das Luzerner Kantonsspital ins Visier: Er installiert Bilder und Skulpturen. **17**

Weshalb eine neue Hymne?

1. AUGUST I.k.z. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) hat einen Wettbewerb lanciert, um eine neue Landeshymne zu finden. Der gegenwärtige Text sei schwierig zu verstehen, argumentiert SGG-Geschäftsführer Lukas Niederberger im Streitgespräch. Nichts von der Idee hält SVP-Nationalrat Peter Keller. Man könne auch andere Hymnen in Frage stellen, trotzdem käme es etwa den Franzosen nicht in den Sinn, ihre «Marseillaise» zu ändern. «Offenbar haben wir in der Schweiz ein Luxusproblem.» Niederberger kontert: «Eine Hymne ist nicht einfach in Stein gemeisselt.» Einig sind sich die beiden in der Feststellung, dass die Debatte über das Verhältnis zur EU die Schweiz gespalten hat. «Die Europa-Frage wird uns noch lange beschäftigen», sagt Niederberger. **3**

Tote jetzt auch im Westjordanland

NAHOST red. Der blutige Schlagabtausch zwischen Israel und der Hamas forderte im Gazastreifen auch gestern zahlreiche Opfer. Nach mehreren Luftangriffen Israels in der Nacht stieg die Zahl der Toten im Gazastreifen gestern auf 848.

Die Gewalt hat unterdessen auch das Westjordanland erfasst. Die dort regierende Fatah hatte zu einem «Tag des Zorns» aufgerufen. Etwa zehntausend Personen folgten dem Aufruf. Bei den Protesten nahe von Hebron und Nablus wurden laut palästinensischen Angaben fünf Palästinenser getötet, als israelische Soldaten und eine Siedlerin auf die Männer schossen.

Die Bemühungen um eine Feuerpause kamen gestern nicht voran. Israel lehnte einen Vorschlag der USA ab, die Hamas äusserte sich nicht dazu. **Kommentar 5. Spalte** **5**

«Es gibt keine Alternative»

BÖRSE red. Die Aktienkurse sind zu hoch. Dieser Ansicht ist jedenfalls der selbsternannte «Börsen-Guru» Fredi Herbert. «Der Grund für den starken Anstieg der Börsen hat damit zu tun, dass es derzeit keine Alternativen gibt zu Aktienanlagen», sagt der 78-jährige im Interview mit unserer Zeitung.

Ob es sich für Kleinanleger dennoch lohnt, noch auf der Welle mitzureiten, wollte er nicht sagen. «Das muss jeder selber nach seinem Temperament entscheiden. Rückblickend betrachtet ist es immer zu früh oder zu spät gewesen», sagt Herbert. In Gold oder Silber zu investieren, macht für ihn jedoch keinen Sinn. «Gross in Edelmetall zu investieren, lohnt sich nur, wenn die Inflation stark ansteigt – und das ist momentan nicht der Fall – trotz der Geldschwemme.» **9**

Metro-Initianten: Keine Spur von Aufgeben



Die Metro-Initianten Marcel Sigrist (links) und Hans-Niklaus Müller am Schwanenplatz. Bild Pius Amrein

LUZERN Die Idee eines Parkhauses Reussegg mit Metro zum Schwanenplatz wird weiterverfolgt – trotz Nein aus dem Stadthaus.

hb. «Unser Projekt löst die Verkehrsprobleme der Stadt Luzern; deshalb halten wir daran fest.» Das sagen Marcel Sigrist und Hans-Niklaus Müller vom

Initiativkomitee des Projekts Metro Luzern in einem Interview mit unserer Zeitung. Das Projekt sieht ein Parkhaus für Autos und Cars im Gebiet Reussegg vor. Von dort würden die Parkhaus-Gäste in einer unterirdischen Metro zum Schwanenplatz in Luzern gelangen.

Die Initianten hoffen damit das Car-Chaos am Schwanenplatz zu beenden, da die Cars künftig im Parkhaus Reussegg parkieren würden. Am 10. Juli erlitt ihr Projekt aber einen Dämpfer. Der Stadtrat gab bekannt, dass er der Metro das ebenfalls von Privaten initiierte

Parkhaus Musegg vorziehe. Dieses sieht ein unterirdisches Parkhaus im Musegg-hügel vor, mit einer unterirdischen Fussgängerpassage zum Falkenplatz.

Sitzung mit Investoren

Trotz negativem Bescheid aus dem Stadthaus bleiben die Metro-Initianten optimistisch. Letzte Woche habe wieder eine Sitzung mit Investoren stattgefunden. Das Metro-Projekt rechnet mit Kosten von 400 Millionen Franken, das Projekt Parkhaus Musegg mit Kosten von 150 Millionen Franken. **18**

16 000 Franken für einen Tag Spital

LUZERN/LAUSANNE Laut Bundesgericht muss der Kanton Luzern einer Frau nichts an ihre Spitalkosten in den USA zahlen. Das kommt eine 100-jährige Frau teuer zu stehen.

red. Eine heute 100-jährige Luzernerin muss die Kosten für einen eintägigen Spitalaufenthalt in den USA zum grössten Teil selber zahlen. Das Bundesgericht in Lausanne hat entschieden, dass sich der

Krankenkasse zahlte kleinen Teil

DER FALL red. Die heute 100-jährige Luzernerin musste 2012 während eines Aufenthalts in den USA stationär behandelt werden. Dafür erhielt sie eine Rechnung von rund 16 000 Franken. Ihre Krankenkasse übernahm knapp 3500 Franken – den doppelten Betrag, der ihr in der Schweiz vergütet würde.

Kanton Luzern nicht an den Kosten von rund 16 000 Franken beteiligen muss.

Die zum Zeitpunkt des Spitalaufenthalts 98-jährige Frau wandte sich an den Kanton, weil ihr die Krankenkasse nur 3500 Franken an die Rechnung zahlte (Kasten). Das Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern lehnte ihr Gesuch jedoch ab – zu Recht, wie das höchste Gericht des Landes nun feststellt. Grund: Eine Mitfinanzierungspflicht des Kantons bei Spitalaufenthalten im Ausland sei gesetzlich nicht vorgesehen. Krankenversicherer raten, bei Auslandsaufenthalten ausserhalb der EU eine Zusatzversicherung abzuschliessen. **17**

KOMMENTAR

Chance auch für Israel

Die gewaltvollen Massendemonstrationen im Westjordanland wecken Assoziationen an die Zweite Intifada. Zum ersten Mal seit Jahren schiessen Demonstranten wieder auf israelische Sicherheitskräfte. Das ist Ausdruck ihres Zorns über die Hunderten Toten im Gazastreifen. Die neue Gewalt ist aber auch Folge der Frustration darüber, dass die grundsätzliche Bereitschaft für einen Frieden, welche die moderate Palästinenserführung im Westjordanland bewies, und jahrelange Verhandlungen nicht belohnt werden, während die Hamas die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht mit leeren Händen beenden wird.

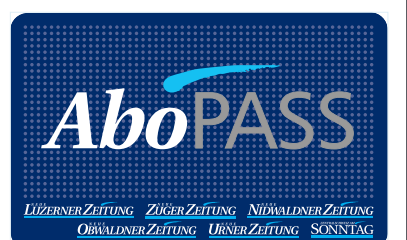
Die kommenden Tage könnten für Palästinenserpräsident Machmud Abbas kritisch werden. Lässt er dem Protest freien Lauf, drohen weitere Tote und noch schlimmere Eskalationen. Fordert er zur Beruhigung auf und schickt er gar die eigenen Sicherheitstruppen, dort, wo sie agieren dürfen, zum Einsatz gegen die Demonstranten, riskiert er es, selbst zum Ziel des Volkszorns zu werden. Sehr zufrieden sind die Palästinenser mit ihrem Präsidenten ohnehin längst nicht mehr.

Abbas braucht die Hamas für sein politisches Überleben, und die Hamas braucht Abbas, um den Gazastreifen aus der Isolation zu führen. Die palästinensische Einheit, die mit der Gründung einer gemeinsamen Übergangsregierung Anfang Juni begann, ist eine Chance nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für Israel. Denn nur die Einheit ebnet Abbas den Weg zurück zum Gazastreifen. Und nur damit hätte Israel wieder einen Partner dort. Was die Abriegelung des Gazastreifens und der Boykott der Hamas gebracht haben, ist mittlerweile ja klar: Man wähnte sich in Sicherheit, während tief unter der Erde der Feind den nächsten Angriff plante.

SUSANNE KNAUL, JERUSALEM
nachrichten@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Angebotsübersicht auf



INHALT

Agenda	30	Ratgeber	24	TV/Radio	22
Forum	16	Rätsel	16	Wetter	24
Lagerdraht	14-15	Todesanzeigen	28/29	Zentralschweiz	23